

Postulat SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP): Schulwege und Schulareale im Stadtteil 3

Der Bericht „Schulwege und Schulareale im Stadtteil 3“ des Vereins „Gesunde Stadt Bern“ (gsb) als Teil des Projekts „mach mit!“ zeigt auf, dass in diesem Stadtteil die Schulwege zu den Schulhäusern Marzili, Sulgenbach, Pestalozzi und Brunnmatt als wenig sicher empfunden werden. Das Hauptgefährdungspotenzial geht vom motorisierten Individualverkehr (MIV) aus. Vor allen Schulhäusern führen stark frequentierte Hauptverkehrsachsen vorbei. Auf dem Schulweg besteht eine grosse Menge Gefahrenpunkte, die zu Stress und Zusatzleistungen von Eltern und Schulkindern führen: Insbesondere kleinere Kinder müssen von den Eltern zu Fuss begleitet werden, viele auch ältere nehmen grössere Umwege in Kauf, sie benützen den öffentlichen Verkehr, weil Velo fahren zu gefährlich ist oder sie werden von Eltern oder Taxis chauffiert.

Die Schulhausareale und teilweise auch die Schulwege sind ungenügend beleuchtet. Die Schulhausareale werden nur zum Teil als schülerinnen- und schülerfreundlich empfunden. Die Aufenthaltsorte und öffentlichen Räume sind zum Teil „Angstorte“, weil sie schlecht gestaltet oder instand gehalten sind, zum Teil, weil sie einseitig nur von bestimmten Gruppen genützt werden.

Der seit kurzem vorliegende Bericht „Schulwege und Schulareale im Stadtteil 3 – Gefahrenstellen, Wohlfühlräume und Angstorte“ bietet eine gute Analyse dazu und könnte als Basis zu einer kindergerechteren Gestaltung des Stadtteils genützt werden.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Schulwege im Stadtteil 3 sind so zu gestalten, dass sie vom Kindergartenalter bis zum Austritt aus der Volksschule gefahrlos benützt und die Schulhäuser selbständig erreicht werden können (Bericht S. 6 – 7).
2. Als Übergangslösung sind Schulwegempfehlungen für sämtliche Schulhäuser im Quartier bereitzustellen (Bericht S. 17 – 18).
3. Es sind geschlechtergerechte Raum- und Nutzungskonzepte zur Gestaltung der Schulareale und öffentlichen Räume im Stadtteil 3 zu erarbeiten mit dem Ziel, möglichst viele „Wohlfühlorte“ für möglichst viele Kinder und Jugendliche zu haben und die „Angstorte“ zu eliminieren (Bericht S. 14 – 16).

Bern, 11. März 2004

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP), Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Margareta Klein-Meyer, Michael Aebersold, Sylvia Spring Hunziker, Sabine Schärner, Raymond Anliker, Andreas Krummen, Stefan Jordi, Walter Christen, Peter Blaser, Christof Berger, Guglielmo Grossi, Andreas Flückiger, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Zysset, Markus Lüthi, Rolf Schuler, Liselotte Lüscher, Rosmarie Okle Zimmermann, Beat Zobrist, Barbara Mühlheim, Corinne Mathieu, Thomas Göttin, Christian Michel

Antwort des Gemeinderats

Sichere und attraktive Schulwege und Schulareale tragen wesentlich zur Wohn- und Lebensqualität in den Stadtquartieren bei. Massnahmen in diesem Bereich haben für den Gemeinde-

rat seit Jahren sehr hohe Priorität. Er hat aus diesem Grund die Schulwegsicherung unter dem Schwerpunkt Integration und Sicherheit als Kernmassnahme 3.5 (Sichere Verkehrswege für schwache Verkehrsteilnehmende) in die Legislaturrichtlinien 2001 – 2004 aufgenommen.

Im Juni 2004 führten Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung mit der QM3, der Quartiermitwirkung des Stadtteils Mattenhof/Monbijou (Stadtteil 3), ein erstes Gespräch zu dem im Postulat erwähnten Bericht. Mittlerweile hat die QM3 Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen „Schule – Soziales – Integration“ und „Bau – Planung – Verkehr“ gebildet. Es ist vorgesehen, dass die zuständigen Dienststellen mit den Arbeitsgruppen den Handlungsbedarf und die Massnahmenvorschläge aus dem Bericht „Schulwege und Schulareale im Stadtteil 3“ noch weitergehend diskutieren und prüfen.

Die Förderung der Verkehrssicherheit ist eine Daueraufgabe, die kontinuierlich für die gesamte Stadt zu leisten ist. Der Gemeinderat ist deshalb bereit, auch die Massnahmenvorschläge des Postulats im Rahmen der laufenden Arbeiten einer eingehenden Prüfung unterziehen zu lassen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 15. September 2004

Der Gemeinderat